

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
10 (1896)**

47 (25.2.1896)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-222706](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-222706)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat (inkl. Frangolohn) 70 Pf., bei Subskription 60 Pf.; durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5186) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pf., excl. Postgebühren.

Redaktion und Expedition:  
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.  
Telephon - Anschluss Nr. 58.

Inserate werden die fünfgepaltenen Copypapier oder deren Raum mit 10 Pfa. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwermere Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 47.

Bant, Dienstag den 25. Februar 1896.

10. Jahrgang.

## Die Wahlreform Baden.

Das Ministerium Baden in Oesterreich hat die erste Probe seines geistigen Könnens abgelegt. Der Beweis für die Kraft seines Willens bleibt noch abzuwarten. Die geistige Kraftprobe ist schlecht genug ausgefallen. Denn dem Wahlgesamtwort, den der Ministerpräsident am 15. Februar in der Eröffnungssitzung der gegenwärtigen Reichsratsession dem Hause vorlegte, fehlten ebenso wie allen seinen Reden die wichtigsten Merkmale großer Schöpferkraft: Originalität und Tiefblick. Der Gedanke der Angliederung einer fünften Kurie mit allgemeinem Wahlrecht an die bisher bestehenden vier Privilegiatkurien der besitzenden Klasse ist schon seit zwei Jahren von den verschiedensten Stellen aus angeregt worden. Die bisher unbeantwortete Frage nach der technischen Ermöglichung eines solchen Wahlsystems hat aber auch die Regierungsvorlage nicht erledigt. Diese technischen Schwierigkeiten sind aber außerordentliche.

Bisher hatten in Oesterreich 1 732 057 Wähler das Recht, 353 Abgeordnete zu wählen, so daß im Durchschnitt auf 4908 Wähler ein Abgeordneter kam. Diese Durchschnittszahl erlaubt freilich eine wesentliche Modifikation durch die Aufhebung der Mandate auf die einzelnen Kurien. Denn es entfielen auf einen Abgeordneten in der Kurie des Grundbesitzes 63 Wähler der Handelskammern 27 der Städte 2919 der Landbezirke 10592

Durch die neue Vorlage soll nun die Zahl der Wähler auf 5 333 481 erhöht werden. Dieser bedeutend vergrößerten Wählerzahl sollen jedoch in der neuen Kurie bloß 72 Mandate zufallen, so daß das Abgeordnetenhaus im Ganzen 425 Mitglieder zählen wird, von denen jedes im Durchschnitt auf 12 549 Wähler kommen würde. Da aber jene 5 1/2 Millionen Wähler in der That bloß auf 72 Wahlbezirke sich verteilen, so hätten in der neuen Kurie 74 076 Wähler einen Vertreter zu bestimmen. Wären das nun lauter Großstadtbezirke, so ließe sich nicht allzuviel dagegen sagen. So aber, wie die Vorlage gedacht ist, umfassen die meisten Wahlbezirke ungeheure Territorien, z. B. ganze Kronländer, 7 an der Zahl, sollen je einen Abgeordneten wählen; man stelle sich einen Wahltag über das ganze Herzogtum Krain oder Kärnten vor! Daß es unter solchen Umständen an einer wirksamen Führung zwischen Abgeordneten und Wählern nicht kommen kann, daß die Wahlkriterien beinahe unmöglich sind, liegt auf der Hand.

Da die Wähler der übrigen Kurien auch in

der Kurie des allgemeinen Wahlrechts wahrnehmungsfähig sind, so bedeutet diese Wahlreform die Einführung des Pluralitätsprinzips, das übrigens auch früher in gewissem Sinne bestanden hat. Die Besitzen sollen von nun an ein doppeltes und dreifaches, die Besitzlosen bloß ein einfaches Wahlrecht haben, was Herr Baden damit begründet, daß „das Bewußtsein der staatsbürgerlichen Berechtigung und Verantwortlichkeit der materiell und intellektuell bessergestellten Bevölkerungsschichten mehr eigen“ sei. Die jetzige Gemeinderatsbewegung in Wien allein beweist im Gegenteil, daß die Arbeiterklasse die Rechte und Pflichten der Gesamtheit und gegen die Gesamtheit viel tiefer und ernster zu erfassen versteht, als die von Habitus und Ausbeutungsgier erfüllte Klasse der Besitzenden.

Aber Baden erklärt auch, daß die Vertretung der „besonderen Gesamtheiten“, die Interessenvorstellung, etwas in Oesterreich Unvermeidliches sei. Wenn das wahr wäre, so ist klar, daß sein System eine Lücke enthält, eine besondere Vertretung der Interessen der Arbeiter, eine Arbeiterkurie, die, so vermeintlich und schädlich sie wäre, doch erst den inneren Widerspruch des Systems lösen könnte, soweit derselbe überhaupt lösbar wäre, was aber so lange nicht der Fall ist, als das System der Interessenvorstellung nicht zu dem von den Christlich-Sozialen geforderten berufsgenossenschaftlichen Wahlrecht ausgebildet ist. Das würde dann aber freilich nur die ideale Ausgestaltung des Widerstands bedeuten. Der Ministerpräsident erklärt dies selbst als einen schwachen Punkt der Vorlage.

Die Vorlage ist somit in ihrer Wurzel falsch und direkt schlecht. Sie befähigt das bestehende Unrecht und wandelt es gefällig in ein Vorrecht der Besitzenden um. Sie ist innerlich widerspruchsvoll und ihre Durchführung, wenn nicht unmöglich, so doch ungeheuer schwierig. Die übrigen Mängel: indirektes Wahlrecht, Ausschluß des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, Notwendigkeit eines halbjährigen Aufenthalts im Wahlbezirk u. s. w., vermögen natürlich den ohnehin geringen Wert des Entwurfes nur noch zu verringern und auf das Nachdrücklichste zu beweisen, daß es sich bloß um einen Knochen handelt, den man der unglücklichen Arbeiterklasse zur Abfindung vorwirft.

Herr Baden hat sich zwar in der Rede, mit der er die Vorlage einleitete, in die Brust gestochen: Nicht etwa um den Ungestüm der radikalen Parteien und noch radikalere Parteiführer zu befriedigen, auch nicht um Drohungen und Schlagworten irgendwo Gehör zu geben, sei dieser Gesamtwort entfallen. Und doch

ist es lediglich die großartige Ausdauer und die Zähigkeit, mit denen die österreichische Arbeiterschaft nunmehr drei Jahre gekämpft hat, die zwei Regierungen gestützt und der Regierung der „eisernen Hand“ ein wenn auch schlechtes Wahlgesetz, vor Allem aber die prinzipielle Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts abgerungen hat. Es liegt ein bedeutender Erfolg in der Wahlreform Badens, wenn er auch nicht ideal ist. Die Bedeutung dieses Erfolges ist freilich nur dem klar, der die riesige Macht der Regierung und den grundföhligen Haß und die abergläubische Furcht des bürgerlichen Parlaments vor den Arbeitern kennt. Diese beiden scheinbar unüberwindlichen Mächte sind durch die heldenmüthige Agitation der rechtslosen Arbeiterklasse zum Nachgeben gezwungen worden, eine That, die nur der Begreif, der die Kampfkraft der Ideen an der Spitze ihrer ökonomischen Grundlage bemerkt.

Aber der Einfluß, den die Arbeiterklasse auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gewonnen hat, zeigt sich nicht nur darin, daß die Wahlreformvorlage überhaupt eingebracht wurde, sondern, und noch viel deutlicher, in dem, wie es scheint, ersten Willen des Ministerpräsidenten, sie auch durchzuführen. Er sah sich gezwungen, in offener Parliamentsitzung zu erklären, daß die Wahlreformfrage keine Zufallsfrage war, sondern die politische Situation der letzten Jahre vollständig beherrscht habe. Er will diese Frage, die alle politischen Aktionen so einseitig beeinflusst hat, los werden. Aber er kennt die feige und täuschliche Widerstandstaktik der bürgerlichen Parteien aus der glorreichen Koalitionsoära her. Darum klang seine Rede in eine unverkennbare Drohung aus: „Je nachdem Sie Ihre Billigung gewähren oder verweigern, öffnet sich heute der Ausblick in die nächste parlamentarische Zukunft.“ Werde die Vorlage Gesetz, so werde damit ein Abschnitt der Verfassungsgeschichte eines würdigen Wunders gefunden haben. Was aber geschehen würde, wenn sie nicht Gesetzeskraft erhielte, darüber wenig er. Er scheint den Ehrgeiz zu besitzen, weniger ausdrücklich zu drohen, als vielmehr nachdrücklich zu handeln. Thatsächlich sprechen selber die offiziellen Blätter eine sehr entschiedene Sprache. „Der Wien neu“ ruft die alte, nunmehr durch Baden neu verjüngte „Kreiss“ dem Parlament zu, und findet mit höchstföhliger Selbstgefälligkeit, daß dieses Wort „sch brutal“ klinge, und ein anderes offizielles Blatt erklärt, die Parteien händen vor einer „Schicksalsfrage“! Es ist ganz klar, was damit gemeint ist. Wenn die parlamentarischen Parteien nicht gehorchen, so wird das Haus aufge-

loßt und die Wahlreform ostroivit. Diese Ostroivierung wäre aber für die Parteien nicht nur wegen des unsicheren Ausganges der Wahlen unangenehm — das gilt insbesondere für die liberale Partei — sondern auch darum, weil das Einjige, was dann kommen könnte, die Taaffe'sche Wahlreform sein könnte, da diese keine Aenderung des Staatsgrundgesetzes bedeutet und somit ihrer Ostroivierung kein formales Hindernis im Wege steht. Die Taaffe'sche Wahlreform aber bedeutet das allgemeine Wahlrecht ohne Interessenvorstellung, ausgenommen die des Grundbesitzes und der Handelskammern, die dann nicht mehr viel bedeuten, also im Ganzen eine thatsächliche Gefahr für den politischen Bestand, der durch die Wahlreform Baden noch geschürt ist.

Erstes Auftreten erhebt aber den bürgerlichen Parteien gegenüber dringend notwendig. So ungünstig die Wahlreform für die Arbeiter ist, so sehr sie den Einfluß der privilegierten Klassen im Parlament erhält, ja vermehrt, so eingeleistet ist diesen krumppirten Elementen das Bedürfnis, die Beseitigung des Unrechts gegenüber der Arbeiterklasse zu verhindern oder doch mindestens hinauszuschieben. Ein liberales Blatt verlangt vorerst die Regelung der Steuerreform, weil die Liberalen hoffen, durch diese einer Menge antimittellicher Wähler das Wahlrecht in der Stadtkurie zu entscheiden und sie in die allgemeine Wählerklasse hinaudrängen zu können. Dasselbe Blatt empfindet aber plötzlich eine tiefe Besorgnis wegen der zum Wahlrecht zugelassenen Analfabeten in Galizien. Eine liberal-antimittelliche Gruppe verlangt wieder die Erhebung neuer städtischer Wähler in die Stadtkurie u. s. w. Dieser verbrecherische Schwindel bedarf einer entschiedenen Weigerung, wenn die Regierungsvorlage durchgehen soll, und es wird sich zeigen, ob Baden die Kraft dazu hat.

Die Stellung der Arbeiterklasse aber zur Badenischen Wahlreform ist von selbst gegeben. Sie muß sie als eine Verfälschung des von ihr geforderten Rechtes, des einzig richtigen Prinzips des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, scharf und entschieden bekämpfen. Sollte es aber Baden gelingen, seine Wahlreform durchzuführen, dann wird sich erst recht zeigen, wie wenig weibliche Politik in ihr enthalten ist. Die Zahl der Mandate, die die sozialdemokratische Partei auf Grund dieses Wahlrechts erlangen kann, wird auf höchstens 18 geschätzt. Aber die wenigen Leute, die da in's Parlament gelangen können, werden einen ganz gewaltig gehärenden Saureiz in demselben bilden. Baden glaubte der Diffusion der Wahlreform durch Einbringung seiner Vor-

## Die gute Tochter.

Noman von Max Klinger.

(Nachdruck verb.)

„Danke, lieber Paul“, erwiderte Frau Siebert mit einem leichten Nicken des Kopfes. Möglich aber fügte sie hinzu, mit einem freundlichen Lächeln, das nur dazu diente, einen hochhaften Einfall zu verhehlen: „Doch! Seien Sie so freundlich, Paul, und nehmen Sie den Handkoffer meines Sohnes mit in den Laden. Schicken Sie ihn durch einen der Hausdiener hinaus, dann braucht Joseph erst nicht aufzukehren.“

Das hätte ebenjotat eines der Mädchen thun können, die jedenfalls am Fuße der herrschaftlichen Treppe bereits warteten; aber Frau Siebert wollte Deichmann eine kleine Genugthuung bereiten, ihm zu gleicher Zeit dadurch zu versehen, daß der gesellschaftliche Abstand zwischen ihr und dem Geschäftsführer noch der alte sei.

Der dicke Ede begriff sofort ihre Absicht, lächelte fast unmerklich, wandte sich dann aber an Gustav, der mit einem raschen Blicke die aufgeschriebene Adresse des Hauses gemerkt und im Hebrigen auf die Worte der Mutter nicht weiter geachtet hatte.

„Aber Mama!“ räumte Amalie ihr leise zu, dunkelrot vor Kummer im Gesicht geworden.

Schon aber hatte Schödel, eilfertig wie immer, ohne sich etwas Besondere dabei zu denken, mit einem süßen Gangriff den eleganten Lederkoffer vom Aufschub genommen. Einige Augenblicke wartete er noch, weil er die Empfindung hatte, man müsse ihn an diesem Vormittage bereits

hinauf in den engeren Kreis der Wohnung bitten, weil man den alten Freund des Hauses gleich mitgebracht hatte.

Als kein Wort weiter über Frau Sieberts Lippen kam, drehte er sich kurz um und schritt mit seiner Last die Stufen hinauf.

Zum zweiten Male sandte sie einen Blick auf die gegenüberliegende Seite der Straße. Täuschte sie sich nicht, so hand jetzt auch der Gymnasialprofessor am Fenster, der einstige Lehrer Gustavs und Edens drüben am „Grauen Kloster“.

Nun, nachdem man Schödel als „Koffertträger“ gesehen hatte, würde man doch von dem Gesandten ihrer Tochter die nötige Meinung bekommen.

Der Thorweg war bereits geöffnet. Kühn lenkte Joseph den Wagen in ihn hinein.

VIII.

„Nun, lieber Herr Deichmann, thun Sie so, als wären Sie erst gestern bei uns gewesen“, sagte Frau Siebert, nachdem sich alle ihrer Garderobe entledigt und den großen Salon betreten hatten. „Machen Sie es sich nach Möglichkeit bequem und genieren Sie sich gar nicht.“

Sie war bei besser Laune und strich sich die Oberfläche der Hände, was sie stets dann that, wenn sie ihrem inneren wohligen Gefühle Ausdruck verleihen wollte.

„Das will ich sofort thun, um Ihnen den Beweis zu geben, daß ich mich wie zu Hause befunde“, erwiderte der dicke Ede, setzte sich kräftig auf einen der Hautsessel und schnehte dann wieder in die Höhe, wodurch er seinen guten Humor bemerken wollte.

Frau Siebert und Gustav lachten. Deichmann schielte nach Amalien, die aber nicht gewillt zu sein schien, in die Heiterkeit mit einzustimmen.

„Er will sich mit seinen Mädchen wieder bei mir beliebt machen“, war ihr Gedanke, während er bei sich dachte: „Kommt noch! Sie wird mit bald ein freundliches Gesicht zeigen.“

„Nun müssen Sie mich auf eine Weile entschuldigen, ich will nur den Frühstückstisch ordnen“, sagte Frau Siebert wieder und that so, als wäre sie plötzlich außerordentlich leichtfüßig geworden.

Amalie blickte auf, denn es geschah seit langer Zeit zum ersten Male, daß die Mutter sich um derartige wirtschaftliche Kleinigkeiten bekümmerte. Sofort achtete sie das Nichtigste: daß sie so viel wie möglich in der Gesellschaft Deichmanns bleiben solle. Mit der ihr eigenen Gelassenheit fügte sie sich, fragte auch gar nicht erst, ob sie behilflich sein könne; sie nahm sich aber fest vor, bei der ersten Gelegenheit zu verschwinden, um Schödel einen Wink zu geben, sich ebenfalls zur Treppe einzufinden.

Frau Siebert bekam noch einen Einfall. Ob Herr Deichmann damit einverstanden wäre, wenn sie seine Mutter durch das Telephon herbeirief.

Gar zu gern hätte sie alles auf einmal unternehmen, um ihrer freudigen Stimmung die weitest Genugthuung zu geben.

Der dicke Ede gebrauchte eine Ausrufe, die für sie ihrem Redauern von dem Gedanken abtrachte; dann that er, selbst den Fernsprecher benutzen zu dürfen, um einige Anordnungen in seinem Geschäft zu erteilen.

„Aber mit Vergnügen, lieber Freund“, fiel Gustav ein und nahm ihn sofort am Arm, um mit ihm das große Comptoir im Seitenflügel aufzusuchen, was er um so lieber that, als er alsdann im Stande sein würde, die Herren hinten zu begrüssen.

Raum waren alle drei hinaus, als Amalie in das Familienzimmer druckte und das Klingelzeichen am Sprachrohr gab.

„Und Sie selbst da, Paul!“ rief sie dann hinunter. Als sie die Bekätigung bekommen hatte, fügte sie hastig hinzu: „Bitte, kommen Sie doch in einer halben Stunde herauf und nehmen Sie an unserem Frühstück Theil. Ich lade Sie ergebenst dazu ein. Thun Sie mir aber den Geßalen und seien Sie recht freundlich zu Deichmann. Je höflicher man gegen seine Freunde ist, je mehr fühlen Sie sich geschlagen. Also auf Wiedersehen.“

„Auf Wiedersehen, Fräulein Amalie...“ Danke, danke für die güte Einladung“, gab er zurück.

Aus seinem Stimmeln entnahm sie die ganze Glückseligkeit, die ihn im Augenblicke überkommen sein mußte. Sie wollte ihm noch zurufen, daß sie ihre Mutter sofort davon unterrichten werde, glaubte aber auf dem Korridor Jemand kommen zu hören und verließ schnell das Noth. Dann lachte sie still vor sich hin, aus heimlicher Freude über diesen „Goup“, der die Mutter jedenfalls in Ueberraschung versetzen werde.

(Zerfortung folgt.)

lage zu ermitteln. Er wird es erleben müssen, daß er selbst mit seinem Gefolge neue Anlässe zu energischen Verordnungen gegen den Bau der alten Privilegienordnung geschaffen hat. Der Kampf wird von vorne anfangen, und zwar diesmal innerhalb des Parlaments, und wird nicht aufhören, als bis er an seinem vorläufigen Ziel, dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, angekommen ist. Das aber hätte Herr Badeni billiger haben können.

**Politische Rundschau.**

**Vant, 24. Februar.**

Aus dem Reichstage. Einen raschen und erbaulichen Schluß fand die Sonnabend-Sitzung. Die kurze Tagesordnung war bald erledigt. Am meisten aufgefallen hatte noch eine Währungspetition, die den Mikrobis und Kardorffs Anlaß zu ihrem bekannten Vorlesung, dem Herr Barth und Herr v. Marfchall wiesen sie zurück. Auch die Wahlprüfungen boten keinen Anlaß zu Debatten, da diejenigen Jüde, die zu Erörterungen Stoff gegeben hätten, auf Antrag des Jentrums zurückgeführt wurden. So war ein heiserer Redekampf nur bei der Festlegung des nächsten Sitzungstages zu erwarten. Hatten die Junker und Juchbarone doch angefangen, daß sie sich mit Händen und Füßen gegen den Eintritt der achtzehnten Stunde vor der zweiten Lesung der Juchbarone vorlesen würden und war die Linde doch ihrerseits entschlossen, alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden, um diese Vergewaltigung zu verhindern. Schon nach Nichter lampferei auf der Tribüne, um Herrn v. Kardorff zu erwidern, wenn er gegen den Vorschlag des Präsidenten, die nächste Sitzung auf Montag, den 2. März, anzuberaumen, den erwarteten Widerspruch einlegen würde. Aber dieser Widerspruch erfolgte nicht. Herr v. Kardorff hatte sich nämlich verhöhnt und war der Meinung, daß Herr v. Baul aus Gefälligkeit gegen die Rechte die Beratung der Juchbarone schon auf den nächsten Montag angeht habe. Ja, er drückte seinen Nachbar, Herrn Schulz, der sich nicht verhöhnt hatte und Widerspruch einlegen wollte, mit sanfter Gewalt auf seinen Sessel nieder. Bevor Herr v. Kardorff über seinen Irrthum aufgeklärt war, hatte der Präsident die Sitzung bereits geschlossen und die verzeihliche Gebärde des ehemaligen Landrats wachte nur die schallende Peitsche der Linken. So hat das Haus denn mit Ausnahme seiner Kommissionen acht Tage Ferien.

Der „Vorwärts“-Abstrakt Dr. Adolph Braun der am Mittwoch Abend littet und verhaftet worden, ist nachdem er vom Untersuchungsrichter vernommen worden war, am Freitag wieder freigelassen worden. Es handelt sich um Verhaftung des Straßenscheines vom 18. Januar durch den „Vorwärts“ und ist Genosse Braun des Reineids beschuldigt und in Anklage verlegt worden. Die Folgei will den Lebermitleid, einen Buchhändler aus der Wittler'schen Druckerei wo das Militärverordnungsblatt gedruckt wird, gefunden haben. Diesen will Braun mehrschuldig nicht gefasst haben, was er in dem Zeugnisverhörverfahren eifrig verhärtet haben wird; darum die Anklage wegen Reineid. Die Anklage scheint aber auf schwachen Füßen zu stehen, sonst hätte man Braun der Väterlicher, also Ausländer ist, nicht auf freien Fuß ohne Kaution zu hinterlegen, gelieft.

Der Kaiser hat bei dem Festessen der Mitglieder des brandenburgischen Provinziallandtags eine recht bilberreiche Rede gehalten. „Als er in Herbst vorigen Jahres die Werke Schlachtfelder besuchte, hat er im Geiste die „Kompanien und alten Krieger“ gekannt, wie sie vorüberzogen, ihren blutigen Kampf verfolgend. Und da ist mir zum ersten Male die volle Größe der That, die die Welt für ihren Krönig im großen Kriege gekannt hat, klar geworden, und in meinem Herzen regte sich das Gefühl, daß für die Leute, die solches haben thun können, nichts zu hoch, nichts zu viel sei, als daß sie ihr Werk, groß thun müßten, um sich bei ihnen zu bekennen.“ Dann wandte sich der Kaiser der Ane der Eröffnungsfest der Korbhölzer-Kanäle zu: „Als ich die „Solingenkeller“ der Einmündung des Kaiser Wilhelmkanals näherte, war die Nacht im Verfließen. Ein schwarzes Gemitter stand über uns und Mitz und Donner wickelten sich miteinander ab — ein gewaltiges Schauspiel! Es schien die Natur in großer Aufregung zu sein. Da ein solches Gemitter die Eröffnung, ja die ganze Feier in Frage stellen konnte, regte ich mich doch die Befragung in meinem Herzen, ob uns auch die Festigung möge. Denn es war das große Werk, welches mein Großvater angefangen hatte, welches unter den Augen der gesammelten Welt der Vollendung entgegenging, und eine angestrebte Bitte rang sich aus meinem Herzen, ob der Himmel uns wohl ein gnadenreiches Zeichen geben würde, und ob es uns beschließen ließe, den schönen Tag zu erleben? Die Bitte wurde erhört; als die „Solingenkeller“ in den Kanal einfielen, stieg die Sonne strahlend aus dem Nebel empor. „Ain, meine Herren“, fuhr der Kaiser unmittelbar nach dieser Erklärung fort, „das ist das Fazit, das mit uns von vergangenem 25 Jahren gezogen haben; dies ist der Rückblick. Nun erwacht aber auch für uns die Pflicht für die Zukunft. Das, was wir erlebt, das, was geschehen, verankern wir doch nur dem großen Kaiser Wilhelm und seinem Gottvertrauen. Die ganze Feier, die sich

im letzten Jahre abgepielt hat, spielte nur in der Vorbereitung dieser uns geradezu heilig gewordenen Persönlichkeit.“ Den Schluß der Rede bildete ein Appell an die deutschen Frauen, speziell die Arbeiterinnen, „die stets eingebettet sein mögen, daß sie uns eine brave, tüchtige Generation junger Männer voll Gottvertrauen und Juchbarkeit heranbilden helfen.“

Agarisch. Ein Herr v. M. — dem Ansichne nach Paul Blumke — vertritt in der „Schiff-Volkszeitung“ während er gegen den Antrag Kautz polemisiert, die Idee des „berufsgenossenschaftlichen Getreideverkaufs“. Die „Kreuzgenossenschaftlichen Getreideverkauf“ — nennt diesen Vorschlag mindestens unüberlegt. Sie merkt ein, und das ist ja auch klar, daß der berufsgenossenschaftliche Getreideverkauf den Preis nicht heben würde, solange die Einfuhr ausländischen Getreides unbeschränkt oder nicht in eine Hand vereinigt ist. Aber die „Kreuzgen.“ nennt diesen Vorschlag einfach und genial in ein „großes Mittel“ umzuwandeln. Die Getreide-Verkaufsgenossenschaften müßten, meint sie, die Träger des gemeinsamen Ein- und Verkaufs von Getreide, inländischem wie ausländischem, sein. Also eine Monopol-Genossenschaft! Ob die Juchbarone für das „große Mittel“ das nötige Verhältnis gemeinsam werden, ist allerdings fraglich. — Der Kampf für die „Keinen Mittel“ geht unterdessen mit aller Macht vorwärts. Auf die Behauptungen der Agrarier, daß sie in ihrem Selbstzug gegen die Margarine nur den unlauteeren, auf Täuschung des Publikums ausgehenden Wettbewerb treffen wollen, wirft eine von der „Frankfurter Zeitung“ herangezogene Petition des Verbandes hinterkommener Volkereigenen Genossenschaften ein eigenenthümliches Licht. Die gemüthlichen Pommer machen nicht viel Umschweife, sie verlangen mit kerniger Entschiedenheit auf Grund der bestehenden Gesetze kurzweg die Herrschaft der Herstellung von Margarine und Kunstschmalz. Das läßt an Drücklichkeit allerdings nichts zu wünschen übrig.

Die Probe auf das Exempel, wie die sächsische Wahlrechtvorlage im Volk wirken werde, ist am 20. d. Mts. gemacht worden. Im 14. sächsischen Wahlkreise (Zinnbad-Neerane, Hohenstein, Ernstthal, Waldenburg) war an dem Tage nach einem äußerst lebhaften Wahlkampf eine Landtagswahl statt, die durch den Tod des bisherigen konservativen Vertreters des Kreises erforderlich geworden. Der Ausgang der Wahl ist ein vernichtendes Urtheil für die Regierung und ihren reaktionären Anhang. Der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Grünberg-Hartba, siegte mit 2521 Stimmen über den „Ordnungs“-Kandidaten Friedmann, der es auf 2229 Stimmen brachte. Bei der letzten allgemeinen Landtagswahl siegte noch der Konservativ mit 1873 über 1773 sozialdemokratische Stimmen.

Der Erbprinz von Württemberg tritt scheinbar die Kriegserinnerungen weniger enthusiastisch zu denken: „Der Anblick des besiegten Feindes, der Anblick der tausende von den Gefesseln und Ketten, die im Kampfe gefallen und als Leiden das Schlachtfeld bedekten, die Erinnerung an die Seufzer und Schmerzensrufe der Verwundeten, an die Feuerzeichen lodender Häuser, an alle die Ruinen, an all' die zertretenen und zerstampften Hüter, welche das Geschehe des Krieges sind, lassen, so schreibt er in seinem letzten, die Sebancieer streifenden Festschriften, in dem warmfühlenden Christenherzen eine vollständige, ungetrübte Festesruhe nicht recht aufkommen.“ Es giebt eben verschiedenes Christenthum!

**Schweiz.**

Jülich, 20. Februar. Der Herr Oberst Wille, Oberinspektor und Waffendirektor der Kavallerie, hat dem Bundesrath seine Demission eingewickelt und sie auch erhalten. Dieser ganz gewöhnliche Vorgang erhält eine besondere Bedeutung durch die begleitenden Umstände. Der Herr Oberst ist eine ungemein autokratische Natur, die von den Untergebenen eiferne Disziplin forderte, selbst aber derselben mehrmals untertöbe und darin das Vorbild für Gerich war, dessen Handlungen er denn auch öffentlich vertheidigte. Der Herr Oberst wollte ferner wiederholt Verbesserungen von seinen Sympathien und Antipathien abhängig machen, was auch in jüngster Zeit wieder vorkam, und als darauf der Bundesrath nicht einging, demissionirte Herr Wille. Er war es, der nach der Verwerfung der Militärvorlage am 3. November 1895 schon am andern Tage seine Kritik daran übte und für die Fortführung des Systems eintrat, das das Volk soeben verurtheilt hatte, worauf er denn auch vom Militärdepartement eine Klage erhielt und seine geplante Verbesserung zum Disziplinär unterließ. Herr Oberst Wille galt als der Vater und Träger des sog. „preussischen Systems“, das am 3. November eine so furchtbare Niederlage erlitt. „Wenn der Rantel fällt, muß auch der Herzog nach.“

**Oesterreich-Ungarn.**

Wien, 22. Febr. In 15 zahlreich besetzten Arbeiterversammlungen, welche gestern zur Verbesserung der Wahlreform abgehalten wurden und sehr ruhig verlaufen sind, wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, in welcher gegen den Wahlreformvorschlag des Grafen Badeni protestirt und erklärt wird, die Wahlrechtbewegung müsse unter allen Umständen weiter geführt werden, bis das Ziel erreicht sei.

Frankreich. Paris, 22. Februar. Aus Anlaß des 48. Geburtstages der französischen Februarrevolution, der auf den 24. Februar fällt, werden hier zum Gedächtniß Reformbankette abgehalten. Die Februarrevolution von 1848 war der Ausbruch der Wahlreformbewegung. Unter dem Vorkönig Louis Philipp war die große Masse des arbeitenden Volkes vom Wahlrecht ausgeschlossen und die Befugnisse ein Monopol der Reichen, die sie zu ihrer Bereicherung ausnützten. Die Demokraten forderten die Ausdehnung des Wahlrechts und agitirten dafür auf sogenannten Reformbanketten. Ein auf den 22. Februar in Paris abgeraumtes Bankett wurde verboten, was zu Unruhen führte, die zu einer Revolution sich entwickelten, welche dann dem Vorkönig den Thron kostete. Die Reformbankette wolle dieser Tage abgehalten werden, sollen nun zwar keine Manifestation für das allgemeine Wahlrecht, aber für die Verfassungsreform sein. Ihr Ziel ist die Befreiung des Senats und Demokratisirung der französischen Verfassung. — Der Senat ist nach dem Ratum der Deputirtenkammer zu Kreuze getrocknen. In der Freitags-Sitzung erklärte der Senator Demole, daß die Haltung der Regierung, weil sie auf das Ratum des Senats nicht giebt, gegen die Verfassung verstoße, jedoch wolle der Senat weiter über die Gesetzesvorlage des Ministeriums verhandeln und wird natürlich dabei gegen die Regierung Front machen. Die Bewegung für die Verfassungsrevision wird dadurch nicht aufgehoben werden.

**Deutscher Reichstag.**

47. Sitzung am Freitag den 21. Februar. Am Bundesratsbeistand: 2. Böttcher. Präsident v. Baul eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Das Haus tritt zunächst in die Beratung der der Budgetkommission übermittelten Petitionen, das Dienstleistungsrecht betreffend ein. — Abg. Singer (So.) beantragt seinen (gersten mitgetheilten) Antrag mit dem Hinweis darauf, daß verschiedene Unterbeamte durch die Einführung der Dienstleistungsrechte geschädigt worden seien, obgleich der Reichstag dies nicht beabsichtigt habe. Er sei deshalb während des Reichstages, für schmerzliche Absätze zu sorgen. Er hoffe, daß die Resolution einstimmig angenommen werde und daß die Regierung den ihr bereits als Material, dieses zur Berücksichtigung übermittelten Petitionen, bald entgegenkomme. Er habe seinen Justizratras gestellt, damit die Anordnung der Militärbeihilfe nicht bei höheren Beamten, sondern auch den Unterbeamten zu Gute komme. Wenn eine Beamtenklasse dieses Benefizium in erster Reihe verlor, so seien es die Unterbeamten. Demos predigt sich es, den Unterbeamten die Militärschutzrechte vollständig zu versagen. Die finanzielle Belastung, die dem Reiche durch Kanäle der Anträge erwachsen würde, sei keine große. Die Gegner der Sozialdemokratie sagten immer, am besten würde die Macht der Sozialdemokratie gebrochen durch Befreiung der schlecht bezahlten Arbeiter. Er habe mit seinem Antrage die Hand dazu, die Macht der Sozialdemokratie zu brechen (Beitritt), und bitte nochmals um die Annahme seiner Anträge. (Beano: bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Oberregierungsrath Reumann fügt aus, daß die Sozialdemokraten einen Reformer bereits abgelehnt habe, allen Verbesserungen werde zur Zeit aber kaum entgegen werden können. Reiner befreit entschließen, daß die Unterbeamten der Volk schlechter gestellt seien, als die anderen Klassen. Der Antrag Singer sei für die Finanzverwaltung des Reiches unannehmlich. Für die Herabsetzung der Militärbeihilfe der Unterbeamten liegt durchaus kein Grund vor; die letzten Bestimmungen entsprächen der Verheerung, zu deren Abänderung die Militärverwaltung sich zu hüten feine werde. Auch sei zu bedenken, daß der Unterbeamten keine Militärschutzrechte wie andere Beamten durchzumachen hätten. — Abg. Dr. Gneuss (Nati.) vertritt den ablehnenden Standpunkt der Mehrheit der Budgetkommission gegen den Antrag Singer. Die sächsische Resolution würde einen unannehmlichen Vorstoß gegen den Militärminister und Justizminister schaffen. Ein Militärminister würde mit 55, ein Justizminister mit 47 Jahren danach schon das Höchstalter erreichen. Noch größer würde die Differenz bei den oberen Beamten werden. Reiner tritt beistehend, den Antrag Singer abzulehnen.

Unterhaussekretär der Volk Dr. Fischer befreit, daß die Beamten der Volk schlechter gestellt seien, als die anderen Beamten und daß die Sozialverwaltung die Schuld daran trage, so gemeinartig darauf habe. — Abg. Baul (Republ.) beantragt die Beibehaltung der sächsischen Hilfsbeamten des Patentamtes, des Reichsgrundbesitzamtes zur Sprache und lüftet den Staatssekretär um Berücksichtigung der Wünsche dieser Hilfsbeamten. — Abg. Dr. Dammascher (Nati.): Ist Herr Singer denn auch bereit, der Regierung die Mittel, die sein Antrag erfordert, zur Verfügung zu stellen? Es handelt sich doch um eine erhebliche Mehrausgabe, deren Höhe wir noch gar nicht übersehen können. Reiner zeigt eine Erhöhung des Gehalts der Oberpostdirektionssekretäre an. — Abg. Oberregierungsrath Reumann beantragt eine Erhöhung des Gehalts der Oberpostdirektionssekretäre als zu hoch unannehmlich, wenn auch nicht zu befürchten, daß diese Kategorie Beamten durch Einführung des Systems der Dienstleistungsrechte geschädigt werden sei.

Abg. Werner (Nati.): Für den ersten Antrag Singer werden wir stimmen, für den zweiten aber nicht, denn zu den Ausgaben, die dieser erfordert, fehlen den Budgetstellen die Mittel. Dagegen werden die Anträge der Budgetkommission beifällig einstimmig angenommen werden. — Abg. Schwanitz (Sozial.) empfiehlt den Kommissionsantrag. — Abg. Reumann (So.) enthält ebenso wie Abg. Baul die Beibehaltung der Dienstleistungsrechte der sächsischen Hilfsbeamten beim Reichs-Behelmsamt und beim Patentamt.

Die Klage v. Kruppiger (Koni.) und v. Stamm (Republ.) werden sich gegen die Anträge Singer, da die Mittel dazu fehlen. — Abg. Singer (So.): Bringen Sie noch Steuererhöhungen ein, die die Befragten belasten, dann werden Sie uns auf Ihrer Seite haben, wenn Sie aber keine neuen Steuern wissen, sind solche, welche die Schultern der Armen belasten, dann können Sie von uns, als den Vertretern des Proletariats, nicht verlangen, daß wir dafür stimmen. Der v. Kruppiger hat mir unterstellt, ich hätte von vorneherein gewußt, daß die Anträge unannehmbar sind. Wenn, das ist nicht gewußt, ich habe Sie nicht nur überhört und nicht gehört, daß Sie so laut an den Kothhäfen vorbeigehen würden. Warum sind denn unsere Beschäfte unannehmbar? Durchschlagende Gegenstände habe ich noch nicht gehört. Klar ist wieder

einmal geworden, daß Sie auf der Rechten wohl Rekonstruktionsarbeiten für Arbeiterbeschäftigung haben, aber nicht zu thun geneigt sind. Wenn wir gegen den Etat stimmen, so sind wir deshalb nicht gegen eine einzelne Position. Die Bewilligung des Etats bedeutet ein Vertrauensvotum für die Regierung, dazu haben wir der herrschenden Regierung gegenüber gar keine Veranlassung. Zum Theil stimmen wir gegen den Etat, weil ein wesentlicher Theil der Ausgaben Militärausgaben sind, die wir für futuristisch halten. (Beano: bei den Sozialdemokraten.) Die Diskussion wird geschlossen.

Die Resolution wird in der Fassung der Budgetkommission angenommen, die Anträge Singer werden abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freireligiösen Gruppen. Die Bestimmungen werden der Regierung theils als Material, theils zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt der zweite Theil der Tagesordnung, die Herstellung des Etats der Reichs-Eisenbahn-Erhaltung. Derselbe wird nach unentschiedener Debatte bemittelt.

Beim Etat des Reichs-Innenministeriums befreit: Abg. Graf Erlia (Nati.) die vom Reichstag wiederholt angelegte Kritikation der geräumten Jubiläumsgesetzgebung, die so verläppert sei, daß man sich immer darin zurückziehe. Reiner regt gegen die Befreiung der Militärpensionen an, jedoch nicht an, oder wenigstens doch eine für die gute Sache Festlegung der Gehaltsfragen, innerhalb der sie im Bereich der Militärpensionen liegen. Ganz besonders dringlich aber sei eine allgemeine Erhöhung der Jubiläumspensionen und der Vertheilungsmittel, um den Wohlstand derjenigen, die erwerbsunfähig seien. Um die Durchführung dieser Forderungen zu ermöglichen, bedürfe es eines entsprechenden Steuererhöhes. — Abg. v. Schöning (Koni.) hält es für durchaus möglich, daß die Militärpensionen auch beim Lebertritt in den Staats-, Zivil- oder Kommunaldienst beibehalten werden könnten. Er hätte nicht wider entgegen stehen. — Abg. Ritter (So.) meint, die Mittel für die vom Grafen Erlia angeforderten Zwecke könne man dem Jubiläumspensionsfonds entnehmen und brauche dabei nicht einmal besonders anfänglich zu sein.

Generalkommission: 2. Epik stellt auf die Seitenlinie, die der Militärverwaltung bei ihrer Forderung für die Jubiläumspensionen durch die Lage der Reichsfinanzen gezogen würden. Die Befreiung der Pensionen würde 6 Millionen Mark jährlich erfordern, was es sei leicht unannehmlich, daß sich die Finanzverwaltung hierzu bereit erklären könne. Die Anträge des Jubiläumspensionsfonds sei nicht obligatorisch, wor auf ihn verzichte, erhalte eine Entschädigung. Erwerbsunfähige Veteranen aus dem letzten Kriege oder eine große Menge; aber ihnen allen einen Gehaltssatz zu gewähren, würde Mittel erfordern, die bei Reich nicht aufbringen können. Unterhaussekretär im Reichsdagamt Hagenborn: Gleichwie am Gehaltssatz eines Oberleutnants würden nach Möglichkeit berücksichtigt; in Bayern seien von 1700 Gehältern 1500 befreit worden. Eine weitere Befreiung des Jubiläumspensionsfonds sei nicht anzunehmen. Einde der Juchbar nach wieder, so sei man sogar gezwungen, Aufschuß aus der Reichskasse zu leisten. Die Debatte wird geschlossen und der Etat bemittelt. Das Haus verläßt sich.

**Der Ausbruch der Konfektions-Arbeiter- und -Arbeiterinnen.**

Der Streik der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen in Berlin ist zu Ende entgegen den Erwartungen bürgerlicher Blätter. In elf großen Versammlungen legte am Freitag die Juchbar-Kommission den Vertretern der Vereinbarungen vor dem Gemeinderath mit den Konfektions- und Arbeiter- und Arbeiterinnen sowie auch denjenigen, welche mit den Vertretern der Damen- und Arbeiterkonfektion und deren Zwischenmännern getroffen waren, vor. Allerdings wurde in allen Versammlungen von den Anarchisten heftige Opposition gegen die Annahme der Vereinbarungen und die Beendigung des Streiks gemacht, doch gelang es ihnen nur in 4 Versammlungen die Annahme der von der Juchbar-Kommission vorgeschlagenen Resolution zu verhindern. Diese hat folgenden Wortlaut:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit den von der Juchbar-Kommission abgehandelten Verhandlungen vor dem Einigungsamt einverstanden; sie erwartet jedoch die energische Fortsetzung der Verhandlungen zur Anbahnung eines festigen Minimaltarifes für alle vorkommenden Arbeiten. Nur so sind stabile Verhältnisse zu schaffen. Mit der von der Juchbar-Kommission mit unterzeichneten Bedingungen für die Mäntel- und Kinderkonfektion erklären sich die Versammelten gleichfalls einverstanden und sehen hierin einen Schritt zur Anbahnung geordneter Arbeitsverhältnisse. Es ist Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branchen, nur dort zu arbeiten, wo die gemeinsam festgelegten Bedingungen durchgeführt werden.“

Dieses Resultat — haben gegen die — ist das Ende des Streiks und kann daran das Gesehrt der paar Anarchisten und ihres urtheillosen Anhangs nichts ändern. Der Juchbar-Kommission gebührt für ihre verständige Haltung und Thätigkeit alles Lob und hat sie sich ein dauerndes Verdienst um die Sache der Konfektionsarbeiter erworben. Die Juchbar-Kommission erläßt in Folge des Ausganges der 11 Versammlungen folgende Erklärung:

„In einer Reihe öffentlicher Versammlungen hat sich die große Mehrzahl der Arbeiterschaft der Konfektion mit den Ergebnissen der Einigungsverhandlungen einverstanden erklärt und sich für Beendigung des Streiks ausgesprochen. In ein paar Versammlungen suchten zwar unedlere Elemente dadurch im Thron zu sitzen, daß sie Beschlüsse für Weiterführung des Streiks prozontirten, ein Verzicht, der verneint aus gelang. Wir müssen den Herren natürlich die volle Verantwortung für ihre Beschlüsse zufchieben. Die Juchbar-Kommission, deren Haltung im ganzen bisher von der erwerbenden Mehrheit der interessirten und organisirten Arbeiter gebilligt worden ist, wird auch für die Folge mit aller Entschiedenheit, aber auch unter klarer Beurtheilung der Sachlage handeln. Wir lehnen es aber ab, für die Handlungen und daraus resultirende Folgen unthätiger Schreiber mit verantwortlich zu sein.“

Was bisher nicht erreicht wurde und zu erreichen war, kann nur durch die geschlossene und zielbewusste Tätigkeit der Organisation erreicht werden.

Gleichzeitig erläßt die Junfer-Kommission an die Berliner Arbeiter folgenden Aufruf: „An die Arbeiterchaft Berlins! Die außerordentliche Ausdehnung, welche der Kampf in der Konfektionsbranche angenommen hat und der Umstand, daß bei den erdärmlichen Löhnen der Arbeiter dieselben sofort unterliegen würden müßten, und der weitere Umstand, daß es bei Ausbruch des Kampfes an allen Baarmitteln fehlte, hat es notwendig gemacht, daß die Junfer-Kommission Darlehen aufnehmen mußte. Die Deckung dieser Schulden ist Ehrensache und wir richten deshalb an die Arbeiterchaft das Ersuchen, die Sammlungen auch jetzt, nachdem der Streik beendet ist, noch fortzusetzen und die eingehenden Gelder an die bisherigen Adressen abzuliefern. Die Junfer-Kommission.“

Dieser Aufruf darf wohl als für die Arbeiter von ganz Deutschland geltend angesehen werden. Nicht allein, daß es Ehrensache ist, die für die Unterstützung der Tausenden von Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen gemachten Schulden zu bezahlen, es ist auch Pflicht und Aufgabe, den noch im Kampfe liegenden Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen in Stettin, Dresden, Magdeburg und anderen Städten zum Siege zu verhelfen.

Wie notwendig dieser Aufruf an die Arbeiter Deutschlands ist, geht aus folgender Erklärung der Junferkommission im „Vorwärts“ hervor: Gegenüber den von unseren Gegnern verbreiteten Gerüchten, wonach für die Streikenden bedeutende Geldsummen, namentlich auch aus dem Auslande bei uns eingegangen sein sollen, erklären wir hiermit folgendes:

Nach einer ungefähren Schätzung betragen unsere Einnahmen infolge eines Darlehens von 15 000 Mk. bis gestern etwas 37 000 Mk. An Unternehmungen haben wir bis heute verausgabt 42 000 Mk. Um die Differenz zu decken, mußten wir bei Freunden unserer Sache die entsprechende Summe als Darlehen aufnehmen.

Um die übernommenen Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen zu können, bedarf es der energischen Fortsetzung der Sammlungen, umso mehr, als der Streik in Stettin, Hamburg und Dresden noch nicht beendet ist und die dortigen Kollegen und Kolleginnen der Unterstützung dringend bedürfen.

**Aus Stadt und Land.**

**Bant, 24. Februar.**

**Agitation.** Im zweiten oldenburgischen Wahlkreis wurde gestern in mehreren tausend Exemplaren die Broschüre: „Thesen über den Sozialismus“ verbreitet. Die Verbreitung ging im Allgemeinen gut von statten, doch hat es an einzelnen beiteren und erstarrten Zwischenfällen nicht gefehlt.

**Zur Zahlung der Grund- und Gebäudesteuer** sind bei der Amtregistratur Jever von 3. März ab für die Gemeinden und Bauerschaften des Jeverlandes Termine angelegt. So für die Bauerschaften Neuende, Altengroden und Eberlege am 5. März, für die Bauerschaften Schaar und Kopperhöfen (Neuender Teil) am 6. März, für die Bauerschaften Hedderwarden und Steindamm am 13. März, für die Gemeinde Accum am 19. März, für die Bauerschaften Schortens und Groß-Ostien am 20. März, für die Ortshäfen Sedan, Kopperhöfen (Banter Teil), Reh, Bantermeer und Banterbeich 24. März, für die Ortshäfen Neudewers 25. März, für die Ortshäfen Belfort nordwärts der Eisenbahn am 26. März, für die Ortshäfen Belfort südlich der Eisenbahn am 27. März. Der Zahlungstermin dauert immer von Morgens 8 bis 1 Uhr Mittags.

Die Fastenzeit bringt wieder die üblichen Unterhaltungsabende mit sich. So haben, wie uns mitgeteilt wird, die Gesangsvereine „Darse“ und „Frohinn“ wie auch der Regellab „Vorwärts“ solche arrangiert. Der Klub „Vorwärts“ hält seinen Unterhaltungsabend am nächsten Freitag, den 28. Februar, bei Waes in Deppens, der Gesangsverein „Darse“ den feinsten bei Sademawser am Sonnabend, den 29. Februar, und der Gesangsverein Frohinn einen solchen am Sonntag, den 1. März in der Arche zu Bant. Bei allen drei Vereinsunterhaltungen wird die rühmlichst bekannte Gesellschaft „Vorwärts“ von Berlin unter Leitung des Herrn Strzelowicz mitwirken.

**Variété-Theater.** Die Eröffnungsvorstellung des Variété-Theater im „Banter Schlüssel“ war recht gut besucht und fanden die Darstellungen und Leistungen der verschiedenen Künstler verdienten Beifall.

**Wilhelmshaven, 24. Februar.**  
**Nicht nicht.** Der unerwartliche Reaktionsarbeiter des „Wilhelmshavener Tageblatts“ wütet immer noch ob der Jährtigung, die er in der vorigen Woche in diesem Blatt erhalten hat. Direkt freilich wagt er nicht loszufahren, dagegen sucht er in seiner beklagenswerten Weise so hinten herum oder nebenbei seinem verhassten Gegner in Bant einen Stich beizubringen. Wir lesen in der gestrigen Nummer folgende Notiz, die das bezeugt. Diefelbe lautet:

Mit Bezug auf die dreifache Angriffe der sozialdemokratischen Abgeordneten auf den Kriegsminister bei der Sitzung des „Berl. N. Nachr.“ sehr richtig: Die lauthörige Dämmerung, mit welcher der Kriegsminister den angestrichelten Schatz des Reichthums der faherliche Reichthum — ein Zentrumsmann — ertheilt dem Abg. Stabthagen für seine unerhörten Beschimpfungen des Kriegsministers seinen Dronungser! erzug, verdient alle Anerkennung. Hätte General v. Kron noch an seiner Stelle geblieben, so wäre ein freier Zusammenstoß anlässlich des Unfalles, daß das Preßbüreau sämtlich verlagte, vielleicht unvermeidlich gewesen. General v. Kron hat sich aber mit Recht auf dem Standpunkt des Herrn v. Stamm, daß persönliche Angriffe der Sozialdemokraten nicht nur zur Ehre gereichen — Dies ist auch unsere Meinung.

Daß das große Repit in Berlin dem kleinen Repit in Wilhelmshaven aus der Seele gesprochen, bedarf sicher keine Festsetzung. Es ist nur dabei die für Herrn Feine unangenehme Thatsache zu berücksichtigen, daß außer ein paar alten Weibern männlichen Geschlechts hier und in der Umgegend kein Mensch etwas auf seine Meinung und seinen Begriff von Ehre giebt.

Die Krankenkasse der vereinigten Gewerke wird am nächsten Sonnabend in Eilers Hotel eine Generalversammlung abhalten, in welcher die Kassenleistungen auf das geschäftlich zulässigste niedrige Maß reduziert werden sollen und müssen. Die Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben ist sonst nicht herzustellen. Achseln steht es mit der Ortskrankenkasse der Schuhmacher, die zum gleichen Zweck auf Mittwoch eine Generalversammlung einberufen hat.

Jener entfiel heute Morgen in dem vom Völkhermeister Daneder bewohnten Hause in der Mittelstraße. Dasselbe wurde auf seinen Herd befrachtet und ist nur der Dachstuhl des Hauses heruntergebrannt.

Die beiden Vorstellungen im Zirkus Blumenfeld waren gestern auch wieder sehr gut besucht, besonders war dies bei der Abendvorstellung der Fall. Das Programm war gestern wieder ein sehr reichhaltiges und die einzelnen Leistungen, mit dem genöthigten Brauour ausgeführt wurden, verdienten alle Anerkennung. Da der Zirkus aus, wie wir hören, bald verlassen wird, so sollte Niemand, der denselben bisher noch nicht besucht hat, veräumen, ihm baldigst einen Besuch abzustatten.

Von der Marine. Die Ablösung für die Kreuzer „Irene“ und „Arcona“ wird Ende März von Wilhelmshaven nach Ostasien abgehen.

Eine Ablösung von Mannschaften der „Prinzess Wilhelm“ und des „Kaiser“ ist einstweilen noch nicht geplant. — Das in Hamburg auf der Werft von Blohm und Ross umgebaute Panzerschiff 2. Klasse „König Wilhelm“ wird unter dem Kommando des Ausrüstungsdirectors der hiesigen Werft, Kapitän J. S. Fehr, v. Vunder, am 29. Februar von Hamburg nach hier in See gehen.

**Zooand, 24. Februar.**

Unter den vielen Vergnügungen, die am gestrigen Tage dem vergnügungs- und schaulustigen Publikum geboten wurden, dürfte die Spezialitätenvorstellung in Sademawfers „Tivoli“ zu den besten gerechnet werden. Es würde zu weit führen, die Leistungen einzeln aufzuführen. Sämtliche Nummern des an Abwechslung reichen Programms wurden mit großer Erfrischung zu Gehör gebracht und das zahlreich erschienene Publikum zeigte daher auch nicht mit seinem Beifall. Ein Besuch dieser Vorstellungen kann daher für Jeden, der dafür Interesse hat, wohl zu empfehlen sein. Nicht minder amüsant sind die Besucher bei der in Friess Lokal („Kaffiringer Hof“) stattgefundenen Abendunterhaltung, bei welcher Mitglieder d. s. bekannten Vereins „Humor“ ihre Vorträge und gut einstudierten Theaterstücke recht wirkungsvoll zur Geltung brachten.

**Neuende, 24. Februar.**

**Hundesteuer.** Der Gemeindevorsteher macht bekannt, daß die Gemeindegewählten, welche Hundesteuer zahlen, gegen den 8. März dieselben beim Gemeindevorsteher, Auctionator G. v. d. e., anmelden und zugleich die Steuer dafür, drei Mark für jeden Hund, zu entrichten haben.

**Jever, 24. Februar.**

**Volksversammlung.** Die gestern im grünen Jäger anberaumte Volksversammlung, in welcher Genosse P. Hug aus Bant über die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie sowie über die Bewegung derselben einen Vortrag hielt, war mäßig besucht und nahm einen guten Verlauf.

**Vegeled, 20. Februar.**

Erstschossen hat sich am Sonntag Morgen in der Bedürfnisanstalt eines hiesigen Hotels ein Fremder, der am Sonnabend Mittag hier eingetroffen war und in dem Hotel Wohnung genommen hatte. Er hatte sich als ein Geschäftsmann aus Hamburg ausgegeben, der hier angeblich in Privatangelegenheiten zu thun habe. Abends hat sich der sein gekleidete Mann einige Stunden auf dem Bahnhof aufgehalten, wo er durch eine zur Schau getragene große Unruhe — bald hat er im Wartesaal geessen, bald ist er auf dem Bahnhof und in den Anlagen baarhäuptig auf und ab gemandelt — auffiel. Spät abends ist er ins Hotel zurückgekehrt und hat dann am andern Morgen gegen 8 Uhr seinem Leben durch einen Schuß ein Ende gemacht. Der Unglückliche hatte neben Geld noch Papiere bei sich. Bei dem Wirth traf jedoch mit der ersten Post eine von Bremen am Abend zuvor in den Bahnhofstationen gestellte Karte ein, auf der die Adresse des betreffenden Geschäftsinhabers in Hamburg enthalten war mit der Weisung, dort die Kosten für Logis und Zehrung zu erheben. An demselben Tage langte bereits der in Berlin wohnende Bruder des Selbstmörders hier an und in Begleitung eines Rechtsanwalts den seit dem letzten Dienstag aus Hamburg Verschundenen aufzusuchen demüht war. Seine Spur hatte man schließlich in Bremerhaven entdeckt. Wie gemuthat wird, hat er Verluhte an der Börse erlitten.

**Delmenhorst, 23. Februar.**

**Kein Dünung.** Zwei kleine Knaben sind dem Armenarbeitsbause eingeliefert worden, weil sie ohne Obdach in Delmenhorst umherirren. Ihre Eltern hatten die beiden Kinder zur Schule geschickt. Bei der Heimkehr aus der Schule waren die Eltern verschwunden. Man brachte die kleinen Unglückseligen eine Nacht unter freiem Himmel zu und begab sich trotzdem des andern Tages zur Schule. Die Eltern, welche ihre Kinder schullos zurückließen, sind zu verurtheilen. Aber auch jene unglücklichen Verbaltnisse, in denen die Delmenhorster Industriebevölkerung leidet und solche Erscheinungen zeitigt.

Bei der Heimkehr aus der Schule waren die Eltern verschwunden. Man brachte die kleinen Unglückseligen eine Nacht unter freiem Himmel zu und begab sich trotzdem des andern Tages zur Schule. Die Eltern, welche ihre Kinder schullos zurückließen, sind zu verurtheilen. Aber auch jene unglücklichen Verbaltnisse, in denen die Delmenhorster Industriebevölkerung leidet und solche Erscheinungen zeitigt.

**Hamburg, 23. Februar.**

In Hamburg ist am Sonnabend am Duhnerquai ein großer Eisentrahn in eine Schute gefährt. Zwei Arbeiter wurden getödtet; das Schiff ist mit dem Krahn gesunken.

**Neueste Nachrichten.**

**Berlin, 22. Februar.** Katholische Lehrer aus ganz Deutschland sind hier eingetroffen, um über das Lehrerbildungsrecht zu beraten und mit verschiedenen Landtagsabgeordneten darüber Rücksprache zu nehmen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Alexander Meyer veröffentlichte in der Saalezeitung eine Erklärung des Inhalts, daß er sein Mandat nicht sofort niederlegen, sondern die Entscheidung des Rennens abwarten werde.

**München, 22. Febr.** Das Militärbesatzungsgericht sprach den durch die Affäre im Hofortbräu in der Sulzesternacht bekannten Trainerserganten Joch von allen Anklagepunkten frei.

**Wien, 22. Febr.** Der Verwaltungsgerichtshof wies die von den ehemaligen Gemeindevorständen Lueger, Neumayer und Kupa gegen die Auflösung des Gemeinderathes eingebrachten Beschwerden als unbegründet zurück.

**Bern, 22. Febr.** In der Sitzung des Verwaltungsraths der Nordostbahn ließ Super-Jeller seine Anträge betr. die Lohnforderungen des Personals und Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung fallen und man einigte sich auf eine Vorlage analog den Anträgen des Directoriums der Centralbahn. Der Betrag der Lohnerhöhungen ist noch nicht definitiv festgestellt worden, doch sind 500 000 Fr. vorgesehen.

**Vordau, 22. Febr.** Der frühere Rechtsanwält Friedrichmann wurde hier auf Requisition der deutschen Behörden verhaftet.

**Brüssel, 22. Febr.** Der flüchtige Notar Verhaeghe, Mitglied der liberalen Partei, beging Unterschlagungen und Beuntreuungen in Höhe von 2 Millionen Francs. Die Betrogenen sind meist kleine Leute.

**Vondu, 22. Febr.** Nach einer Depesche an Lyons aus Port Said ist der Dampfer „Kangler“ durch Zusammenstoß mit dem Dampfer „Canaro“ leicht beschädigt worden und war der Seesafal kurze Zeit gesperrt.

**Vondu, 22. Febr.** Wie der Daily Chronicle meldet, sandte die Königin an den Präsidenten Krüger ein Telegramm, in dem sie ihrer Theilnahme wegen der Dynamitexplosion in Johannesburg Ausdruck giebt.

**Dresden, 23. Febr.** Infolge eines Sturmes im Schwarzen Meer sind drei russische und vier fremde Dampfer, ferner 18 Segelschiffe getrieben. Etwa 100 Menschen sollen um's Leben gekommen sein.

**Wien, 22. Febr.** Der deutsche Botschafter in Janze wurde gestern von zwei Personen angegriffen, vermundet und einer größeren Wundlunne erlitten. Da dritte Personen die beiden Mörder erkannten, wird geglaubt, es gelinge bei energischen Maßnahmen den Behörden bald, sie dingeligt zu machen.

**Cuitung.**

Für den Parteifonds erhalten: Von der Beaufichtigung eines Fortemonnais 3,25 Mk.  
Für die freiziehenden Konfektionsarbeiter erhalten: Von einer Genossin 1,50 Mk.  
Die Redaktion

**Schulacht Neubremen.**

Zur Hebung der Schulmfrage nach der Einkommensteuer pro 2. Halbjahr 1895/96 29. Termin an

nom 29. Febr. bis 4. März,

je Vormittags von 9 bis 12 Uhr, in meiner Wohnung.

Latana, Rechnungsführer.

**Gesucht**

mehrere tücht. Verkäuferinnen für die Abtheilung Schuhwaaren zum sofortigen Antritt.

M. Simon, Marttstr. 24.

**Haus-Verkauf.**

Ein an besser Geschäftslage der Bismarckstraße belegendes

**Haus**

ist zum beliebigen Antritt zu verkaufen. Dasselbe eignet sich, besonders der besten Lage am Plage sowie seines großen Areals halber, zu jedem Geschäft.

Näheres durch die Expedition d. N.

**Gesucht**

ein Laufbursche zum sofortigen Antritt.

M. Simon, Marttstr. 24.

**Verkauf.**

Ein gutgehendes

**Expeditions- und Kolluhrwert-Geschäft**

steht zum baldigen Antritt unter meiner Nachweisung preiswerth zu verkaufen.

Conrad Seilemann, Bant, Nordstraße.

**Zu vermietthen**

zum 1. Mai eine dreizünige Wohnung mit Wasserleitung und Etall. Preis 165 Mk. jährlich.

M. Weiste, Bismarckstr. 30b.

**Erwiderung.**

Auf die Warnung meines Mannes erwidere ich, daß ich, so lange ich mit ihm zusammen lebe, leider aus Noth den Kredit Anderer in Anspruch nehmen mußte, — jetzt aber, wo ich mit meinen Kindern von ihm getrennt bin, dies nicht mehr nöthig habe, da ich mich und meine Kinder mit meiner Hände Arbeit ehrlich und redlich ernähren werde.

Frau Körl.

**Gesucht**

zu Ostern ein Lehrling.

W. Ritter, Malermeister, Neue Straße 3.

**Ortskrankenkasse der vereinigten Gewerke.**

Sonnabend den 29. Februar

Abends 8 1/2 Uhr

**General-Versammlung**

im Lokale des Herrn Eilers, Wallstr.

Tagesordnung:

- 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1895.
- 2. Herabsetzung der Kassenleistungen.
- 3. Ergänzungswahl des Vorstandes.
- 4. Vergütung für den 1. Vorsitzenden.
- 5. Statutenänderung.
- 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

**Wulf & Franckson**

Einschlächte Betten Nr. 8 aus grün-roth gestreiftem Köper mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 7,—  
Unterbett 7,—  
2 Kissen 5,—  
Mk. 19,—  
Zweischlächte Mk. 23,50

Einschlächte Betten Nr. 10 aus roth-grün gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25  
Unterbett 10,25  
2 Kissen 7,—  
Mk. 27,50  
Zweischlächte Mk. 31,—

Einschlächte Betten Nr. 10b aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50  
Unterbett 13,50  
2 Kissen 9,—  
Mk. 36,—  
Zweischlächte Mk. 40,50

Einschlächte Betten Nr. 11 aus rothem od. roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett 17,50  
Unterbett 17,50  
2 Kissen 10,—  
Mk. 45,—  
Zweischlächte Mk. 60,50

Einschlächte Betten Nr. 12 Oberbett aus rothem Daunenlöper, Unterbett aus roth Atlas mit 16 Pf. Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—  
Unterbett 20,50  
2 Kissen 12,—  
Mk. 54,50  
Zweischlächte Mk. 61,—

Ausstellung fert. Betten.

**Startellkommission! Mittwoch Abend: Sitzung!**

**Große satyrisch-humoristische  
Abendunterhaltungen**

arrangirt vom **Regelklub Vorwärts**  
Freitag den 28. Februar 1896, Abends 8 1/2 Uhr  
im Lokale des Herrn **Maes**, Zentralhalle, Heppens.

Sonntag den 29. Februar 1896, Abds. 8 1/2 Uhr  
arrangirt vom **Gesangverein Harfe**  
im Lokale des Herrn **Zadewasser**, Tiwoli, Tonndelch.

Sonntag den 1. März 1896, Abends 7 1/2 Uhr  
arrangirt vom **Gesangverein Frohsinn**  
im Lokale des Herrn **Weitschmidt** zur Kröde in Pant.

**Unter Mitwirkung der  
Gesellschaft Vorwärts aus Berlin.**  
Leitung: **B. Strzelewicz.**

Karten im Vorverkauf à 30 ¢ sind bei sämtlichen  
Mitgliedern obiger Vereine sowie in den genannten Lokalen  
zu haben. An der Kasse 40 ¢.  
Zu zahlreichem Besuche laden freundlichst ein  
**Die Vorstände.**

**Keine Dividenden! Kein Rabatt!**

**Jedoch billigt gestellte Nettopreise**  
die um mehr als **10 Prozent** niedriger sind als die Preise der gesammten Konkurrenz.  
Man vergleiche nachstehende **Preisliste** genau und wird die Angabe bestätigt finden, denn  
**Zahlen beweisen!!**

Ich mache darauf aufmerksam, daß ich, wie bekannt, **nur gute Waare** führe.

**R. Pels, Kolonialwaaren- und Delikatessen-Geschäft,**  
73 Neue Wilhelmshavener Straße 73, Ecke des **Recher Weges.**

**Preisliste:**

Ia. hief. Talg 3 Pfd. 1 .M.	Bup-Bomade 3 Dosen 25 ¢.	Kartoffelmehl Pfd. 14 ¢.
Margarine Pfd. 40, 50, 60, 70 ¢.	Eisenpulver Badet 13 ¢.	Frische Vanille Stange 1 .M.
Reinltes Schmalz Pfd. 46 ¢, 10 Pfd. 4.40 .M.	Kronenseife St. 9 ¢.	Ia. Naturbutter Pfd. 1 .M.
Weisse Bohnen Pfd. 16 ¢.	Ia. grüne Seife Pfd. 16 ¢; 5 Pfd. 75 ¢.	Syrup Pfd. 20 ¢.
Neue grüne Erbsen Pfd. 12 ¢.	Kernseife 2 große St. 15 ¢.	Gebrannter Roggen Pfd. 15 ¢.
Neue graue Erbsen Pfd. 18 ¢.	Ia. Kaiser-Ories Pfd. 24 ¢.	Koffein Pfd. 26 ¢.
Gruppen Pfd. von 11 ¢ an.	Ia. Perl-Sago Pfd. 25 ¢.	Korinthen Pfd. 20 ¢.
Ia. Reis Pfd. 14 ¢.	Ia. Zinsen Pfd. 20 ¢.	Reiswehl Pfd. 20 ¢.
Reiner Jader Pfd. 28 ¢.	Ia. Hasfergrübe Pfd. 15 ¢.	Wehl. Rodwurt Pfd. 70 ¢.
Dut-Jader Pfd. 30 ¢.	Ia. große Darzale 3 St. 10 ¢.	Wackmurt Pfd. 1 .M.
Müel-Jader Pfd. 31 ¢.	Corned beef (Wachsenfleisch) Pfd. 60 ¢.	Aleinfleisch Pfd. 20 ¢.
Randis Pfd. 40 ¢.	Schweiger Käse Pfd. 90 ¢.	Ia. Embder Röhlinge St. 5 ¢.
Thee, Ia. Chin., Pfd. .M. 1,20 bis 2,00.	Ia. Limburger Käse Pfd. 40 ¢.	Ia. Sardellen Pfd. 80 ¢.
Ia. Kafao Pfd. .M. 1,50 bis 2,20.	Ia. Weizenmehl Pfd. 14, 5 Pfd. 65 ¢.	Sardinen in Öl Packe 50 ¢.
Ia. gebrannt. Kaffee Pfd. .M. 1 bis 1,60; Mokka Pfd. 1,60.	Ia. Goldstaubmehl Pfd. 18 ¢, 5 Pfd. 85 ¢.	Santabaf 3 Rollen 25 ¢.
Kaffee-Essen Dose 18 ¢.	Wäscheblau 3 Packete 10 ¢.	Kern. Stid 5 bis 10 ¢.
do. Pfeifer u. Diller Dose 28 ¢.	Stärke Pfd. 26 ¢.	Beschwämmen von 6 ¢ an.
	Rudeln Pfd. 28 ¢.	Engl. Fenchelblätter St. von 15 ¢ an.
	Ia. ital. Macaroni Pfd. 40 ¢.	Petroleum Liter 17 ¢.

**Billigste Bezugsquelle für sämtliche Kolonialwaaren und Delikatessen.**  
**R. Pels, Neue Wilhelmshavener Straße 73.**

**M. Kariel**

**1 Neue Wilhelmsh. Strasse 1**  
Größtes Spezial-Geschäft  
eleganter fertiger Herren- und Knaben-Garderoben.

**Konfirmanden-Anzüge**  
in größter Auswahl und nur bester Ausführung.

**Arbeitszeuge sowie sämtliche Herren-Bedarfsartikel**  
als: Hüte, Mägen, Schirme, Wäsche, Schlüpe, Unterzeuge, Handschuhe, Hosenträger zc.  
Verkauf zu unerreicht niedrigen, streng festen Preisen.

**Waarenhaus B. H. Bührmann.**

Spezial-Abtheilung für Damen-Konfektion.

Aparte Neuheiten in  
**Regenmänteln**

und  
**Frühjahrs-Jackets**  
sind in  
kolossaler Auswahl am Lager.

Druck-Arbeiten aller Art werden schnell u. sauber angefertigt.  
Paul Hug, Buchdruckerei, Pant, Neue Wilh. Str. 38.

**Jede Hausfrau**

kann ihre Bettwäsche billiger fertig kaufen, als selbst anfertigen. Bestenfalls so lange der Vorrath reicht:

Bettbezüge von Domlas	Mk. 2,25
Riffenbezug dazu	0,75
Bettbezüge von kräftigem Baumwollstoff	2,70
Riffenbezug dazu	0,85
Bettbezüge von kräftigem Domlas oder Hemdentuch	2,70
Riffenbezug dazu	0,85
Bettbezüge von allerbestem Baumwollstoff, Handhülmaare	3,60
Riffenbezug dazu	1,10
Bettbezüge von gezeirtem Damast, ohne Nacht	3,75
Riffenbezug dazu	1,15
Betttücher von Bardend, ohne Nacht	1,25
Betttücher von Halbleinen, ohne Nacht	1,50
Betttücher von hartem, reinen Feinen, ohne Nacht	2,10
Betttücher von feinem, reinen Feinen	3,00

Die Decken und Riffenbezüge sind zum Knöpfen.  
Sämtliche Sachen sind vollständig groß und außerordentlich sauber genäht.  
**Betten- u. Wäschegeschäft**  
**A. Kickler, Roonstr. 103.**

**Waaren-Haus B. H. Bührmann.**

**Edstblau**  
schwerste reinwoll. krimpffreie  
**Flanellhemden**  
zum unerreicht billigen Preise von  
**Mark 5,00.**

**Gesucht**

auf sofort oder Oftern ein Lehrling für mein Geschäft.  
Atens bei Nordensham.  
**G. Dabessen, Schmiedemstr.**

**Waarenhaus B. H. Bührmann.**

**Garantirt wasch- und flichtechte baumwollene Kleiderstoffe**  
sind in prachtvollen Mustern eingetroffen.

**Enorme Auswahl** bei sehr mäßigen Preisen.

**Petroleum**

1 Liter 17 ¢, 2 Liter 33 ¢.  
**Prima Speisewiebeln**  
1 Pfd. 8 ¢, 5 Pfd. 35 ¢.

**J. Herbermann,**

Kaiserstraße 55, Grenzstraße 50.  
**Geräuchertes Schweinefleisch**  
fett und mager  
5 1/2 Pfund für 3 Mk. empfiehlt  
**E. Langer, Neue Str. 10.**

**Wilh. Blau**

Neubremen.  
Mein Total-Ausverkauf von Manufakturwaaren wegen Wegzug dauert nur  
**bis Ende März.**

**Sadewasser's Tiwoli-Theater Tonndelch.**

Dienstag den 25. Februar cr.:  
**Keine Vorstellung.**  
Mittwoch den 26. Februar cr.:  
**Gala-Vorstellung**  
mit neuem Programm. Anf. 8 Uhr.  
Hochachtungsvoll  
**C. Sadewasser.**

**Cireus L. Blumenfeld**

Wilhelmshaven, Kollt'sche Halle.  
Dienstag den 25. Februar cr.,  
Abends 8 Uhr

**Benefiz-Vorstellung**  
für den Schulreiter Herrn **Loius**, unter Mitwirkung des Herrn **Kaunt, Wolf** aus Wilhelmshaven. Hochachtungsvoll  
**L. Blumenfeld, Direktor.**

**Gesangverein Frohsinn**

**Dilettanten-Abtheilung.**  
Dienstag d. 25. Febr. Ab. 8 1/2 Uhr  
**Probe.**  
Um pünktliches Erscheinen erucht  
**Der Vorstand.**

**Buchhandl. des „Vorwärts“**

Berlin N.W., Deutschstraße 3  
Soeben erschien:  
**Das Arbeiterelend in der Konfektions-Industrie**  
vor dem Deutschen Reichstag.  
3 Bogen Großoktav. — Preis 10 Pf.  
Bei Partienbezug Rabatt.

Die Verhandlungen im Reichstage haben ein solches Interesse hervorgerufen, daß wir auf Veranlassung der Agitationskommission der Schneider- und Schneiderinnen den fotografischen Wortlaut sämtlicher Reden in Broschürenform erscheinen lassen. Diese Debatten sind der schlagendste Beweis für die Berechtigung der Streikbewegung, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind so grauenhafter Art, daß sie sogar vom Ministerfisch aus und von den Vertretern der Arbeiterparteien verurtheilt werden mußten.